Leserbrief, als Reaktion „Prämien: So könnte der Kanton Millionen sparen"

25.9.2019; Martina Munz, Nationalrätin

Mittelstand nicht weiter schröpfen!

In der SN vom 25.6.2019 wird ein nettes Märchen erzählt: Bei der Prämienverbilligung könne gespart werden, ohne Leistungskürzungen für die Betroffenen. Das ist Unsinn. Wird bei den Prämien gespart, ist das ein klarer Angriff auf den unteren Mittelstand. Familien und Personen mit bescheidenem Einkommen würden das neue Berechnungssystem im Portemonnaie schmerzlich spüren. Schon heute muss jeder siebte Franken beziehungsweise 15 Prozent des Gesamteinkommens für Prämien ausgegeben werden, bevor eine Prämienverbilligung ausbezahlt wird. Die übrigen Gesundheitskosten wie Franchise und Selbstbehalt kommen dann noch oben drauf. In der Schweiz kennen wir die Kopfprämie, die keine Rücksicht auf Einkommensverhältnisse nimmt. Ausser bei stationären Behandlungen übernimmt der Staat keine Gesundheitskosten. Für den sozialen Ausgleich wird deshalb eine Prämienverbilligung ausbezahlt. Dieses System ist den Bürgerlichen schon seit langem ein Dorn im Auge. Obwohl die Schaffhauser Bevölkerung schon zwei Mal deutlich ja dazu gesagt hat, wird es erneut angegriffen, sogar in Zeiten guter Finanzlage. Ist sich die FDP und SVP bewusst, dass sie dabei genau dem unteren Mittelstand das Geld wegnehmen? Denn die tiefsten Einkommen erhalten sowieso die volle Prämienverbilligung. Schon heute ist der Anreiz gross die günstigste Krankenkasse zu wählen. Im Zeitungsbericht werden die Tatsachen verzerrt dargestellt. Nicht die effektive Prämie wird bei der Prämienverbilligung angerechnet, sondern eine gemittelte Richtprämie. Gerade weil die effektiv bezahlte Prämie unter Umständen tiefer sein könnte, werden nur 75 beziehungsweise 85 Prozent der Richtprämie angerechnet. Sparpotenzial gibt es dabei keines! Um die Prämie tief zu halten, wird im Bericht von der höchsten Wahlfranchise ausgegangen. Diese kann nur von vermögende Personen gewählt werden, die Erspartes auf der Seite haben, um im Krankheitsfall sofort in die Tasche greifen zu können. Für Personen, die alt, krank oder pflegebedürftig sind, kommt eine hohe Wahlfranchise sowieso nicht in Frage, da jedes Jahr Gesundheitskosten anfallen. Krankenkassenprämien sind in der Schweiz mittlerweile der zweithäufigste Grund für Schulden. Prämienverbilligungen sind keine Almosen, sondern der soziale Ausgleich zu den Kopfprämien. Das Schaffhauser Modell für Prämienverbilligung funktioniert gut, es entlastet Familien und den unteren Mittelstand. Diese Errungenschaft darf nicht auf dem Sparaltar geopfert wird.